

14.11.1945 – vor 70 Jahren begannen die Verhandlungen gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher

25.11. – Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

28.11.1820 – 195. Geburtstag Friedrich Engels (gest. 05.08.1895)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den
Saalekreis

11. Ausgabe / 25. Jahrgang

10. November 2015

Höhn und Tiefen

Internierungslager, Abschiebung in Kriegsgebiete, weitere Kürzungen: Orbánisierung der Regierung stoppen!

Die aktuelle Kolumne von Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn

Es steht zu befürchten, dass Pegida und AfD weiter Häkchen hinter ihre Forderungen machen können: Das Positionspapier, auf das sich Merkel und Seehofer am Wochenende einigten, liest sich wie eine Viktor-Orbán-Gedenkschrift. All das, was im Spätsommer selbst von vielen in der CDU an der Politik der ungarischen Regierung kritisiert wurde, soll nun auch in Deutschland kommen.

„Vordringlich“ sei nicht die Bereitstellung ausreichend winterfester Unterkünfte für Geflüchtete, sondern die Einrichtung sogenannter Transitzone, über deren Fernsehbilder aus Ungarn im September sich fast die ganze Republik wegen der menschenunwürdigen Zustände zu Recht empörte. Mögen solche Transitzone von einer EU-Richtlinie gedeckt sein (was noch nicht einmal der Fall ist, weil diese Regelung für EU-Staaten mit einer Außengrenze vorgesehen ist), vom Grundgesetz sind sie es nicht. Sie sind ein Hohn auf das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl. Was wir aus Ungarn oder von den spanischen Enklaven Ceuta und Mellila kennen, ist, dass exterritoriale Lager eingerichtet werden. Rechtlich befänden sich die Geflüchteten dann nicht auf deutschem Staatsgebiet, sondern in einem Niemandsland, wo aber trotzdem die Staatsgewalt über ihr Asylverfahren entscheidet. Mitnichten würden die geplanten Asylverfahren, die gerichtlich kaum überprüft werden können, auch nur im Ansatz rechtsstaatlichen Prinzipien gerecht. Und letztlich ist die Logik der Orbánschen Transitzone, die sich Seehofer beim Besuch des ungarischen Minister-

präsidenten offenkundig sehr genau erklären ließ, dass Menschen hinter hohen Zäunen und Mauern inhaftiert werden. Unerträglich wäre das! Falls die Große Koalition diesbezüglich ernst macht und die SPD einknickt, müssen die Solidaritätsdemos für Flüchtlinge genau vor den Toren solcher Transitzone stattfinden: DIE LINKE würde sogar Leitern mitbringen!

Das ist aber noch nicht alles. „Deutschland wird“, steht an der anderen Stelle des Papiers, „ebenso wie die USA und andere Partner sein militärisches Engagement in Afghanistan verlängern und so die Afghanen weiter beschützen.“ (Indem wie zuletzt Krankenhäuser bombardiert werden, fragt man sich hier beim Lesen.) Gleichzeitig soll es ein Rücknahmeabkommen mit der afghanischen Regierung geben. Das heißt, Asylsuchende in Deutschland sollen nach Afghanistan abgeschoben werden. Erst schaffen USA, NATO und Bundeswehr mit dem Afghanistan-Krieg für viele die Ursache ihrer Flucht, nun sollen sie genau dahin zurückgeschickt werden. Wenn das so kommt, gäbe es die perfide Situation, dass die Große Koalition sowohl Waffen als auch Flüchtlinge in Kriegsgebiete schickt.

Unter Punkt 5 der nationalen Maßnahmenliste von Merkel und Seehofer steht: „Bei der Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz soll die Erbringung von Sprach- und Integrationskursen künftig auf das sogenannte Existenzminimum

weiter auf Seite -2-

Höhn und Tiefen...

angerechnet werden. „Wie bitte? Existenz erhalten oder Deutsch lernen? Das versteht die Union also unter einer gelungenen Integrationspolitik statt „Multikulti“. Nur mal nebenbei: Auf was soll der Deutsch-Kurs denn eigentlich noch angerechnet werden, wenn künftig nicht mehr das sog. „Taschengeld“, sondern Gutscheine für Sachleistungen ausgegeben werden?

Liebe Sozialdemokraten, liebe Grüne, es reicht endgültig! Diese Politik ist nichts als Wasser auf die Mühlen von Pegida und AfD und entzieht Flüchtlingsinitiativen und Willkommenskultur den Boden. Lehnt ab, was Seehofer und Merkel nach Orbánschem Vorbild jetzt planen! Das gesellschaftliche Klima, in dem am Wochenende wieder Flüchtlingsunterkünfte brannten und Geflüchtete von Nazis durch die Städte getrieben und verprügelt wurden, wird weiter vergiftet. Was wir dagegen brauchen, ist ein gesellschaftliches Bündnis. Was es eint? Menschenwürde!

Konferenz »Refugees welcome«

Fraktion DIE LINKE

28.11.2015 11:00 Uhr bis 18:30 Uhr
Bundestag, Foyer des Paul-Löbe-Hauses,
Eingang West, Konrad-Adenauer-Straße 1,
10557 Berlin

Aktiven- und Helferkonferenz für ein offenes, hilfsbereites Land

Zehntausende Menschen engagieren sich derzeit in ehrenamtlichen Initiativen, um den nach Deutschland kommenden Geflüchteten eine menschenwürdige Ankunft, oft auch Schutz vor Gewalt von Fremdenhassern zu bieten und einen möglichst reibungslosen Start in den normalen Alltag zu ermöglichen. Ohne diese vielen Engagierten würde es vermutlich in vielen Regionen zu einer humanitären Katastrophe bei der Aufnahme kommen.

Die bisher vereinbarten Sofortmaßnahmen des Bundes reichen nicht aus. Die Bundesregierung war nicht vorbereitet und ist überfordert, dabei waren die Herausforderungen seit langer Zeit absehbar. Sie setzt,

trotz anfänglich guter Gesten, mit den jüngst eingeführten Grenzkontrollen, der Ausweitung der „sicheren Herkunftsstaaten“ und der weiteren Verschärfungen der Asylgesetze im Kern weiter auf Abschottung.

Wir wollen Lösungen diskutieren – für die schnelle Nothilfe in den Kommunen, für ein besseres Ankommen in KiTas, Schulen und Arbeit. Und gegen die Abschottung, gegen Zäune und Frontex. Und nicht zuletzt gegen die Angstmache und den Terror von Fremdenhassern, die sich nicht nur gegen Geflüchtete, sondern auch gegen ihre Unterstützer_innen vor Ort richten.

Mit ehren- und hauptamtlichen Flüchtlingshelfer_innen, Kommunalpolitiker_innen, antirassistische Initiativen, Mitgliedern der Flüchtlingsräte und vielen weiteren soll der Austausch und die Vernetzung gefunden werden.

Eine Anmeldung ist notwendig.

Programm:

11:00: Begrüßung und Einführung

Dr. Dietmar Bartsch, MdB, Fraktionsvorsitzender

11:10 – 11:30: „Flüchtlingshilfe an den Außengrenzen der EU“

Judith Ruppert (IHA - InterEuropean Human Aid Association Germany e.V.)

11:30 – 11:50: „Entlang der Balkanroute – Solidarität statt Zäune“

Bericht von selbstorganisierten Gruppen aus Halle und Leipzig

11:50 – 12:15: „Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe und was die Politik davon lernen kann“

Dr. Serhat Karakayali (Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM))

Moderation: Sevim Dagdelen (MdB)

Pause

13:00 – 14:00: Gespräch „Geflüchtete zu Neubürgern – wie muss sich das Land verändern?“

Bodo Ramelow (Ministerpräsident des Landes Thüringen) im Gespräch mit Esra Kucük (HU Berlin, Junge Islam-Konferenz e.V.) - angefragt

14:15 – 15.45: Erste Workshopphase

1. Wie gegen Fremdenhass, Rechtsterrorismus und Gewalt gegen Flüchtlinge, Flüchtlingshelfer und Unterkünfte wehren?

Katharina König (Mitglied des Landtages, Thüringen), Dirk Stegemann (Aktivist, Berlin)

Moderation: Martina Renner (MdB)

2. Die Neuregelungen in der Asylrechtspolitik – welche Auswirkungen haben Abschottung und Abschreckung?

Marei Pelzer (Pro Asyl)

Berenice Böhlo (Rechtsanwältin) - angefragt

Moderation: Dr. Thomas Hohlfeld (Referent der Linksfraktion für Migrationspolitik)

3. Was tun gegen die militärisch-technische Abschottung Europas – Hot-Spots, Zäune, Frontex, EUNAVFOR?

Bernd Kasperek (bordermonitoring.eu)

Matthias Monroy (Wissensarbeiter, Aktivist und Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/CILIP)

Moderation: Sevim Dagdelen (MdB)

4. Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge – zwischen Eigeninitiative und Mindestversorgung

mediBüro Berlin - angefragt

N.N. (Ministerium für Gesundheit des Landes Brandenburg),

Moderation: Harald Weinberg (MdB)

5. Umgang mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen unterstützen

Anahita Tasharofi (Flucht nach vorn e.V., Wien)

Claudia Kittel (Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V., Sprecherin des Netzwerks für Kinderrechte/National Coalition Deutschland e.V.)

Mohammed Jouni (Jugendliche ohne Grenzen)

Moderation: Norbert Müller (MdB)

6. BarCamp (selbst von TeilnehmerInnen organisierte Workshops, können spontan vor Ort oder auch vorher angemeldet werden)

Pause

16:15 - 17.45: Zweite Workshopphase

1. KiTas, Schulen und Hochschulen für Geflüchtete

öffnen – wie läuft es und was muss sich ändern?

Sanem Kleff (Bundeskoordination, Schule ohne Rassismus)

Marlis Tepe (GEW) – angefragt

Moderation: Ronda Kipka (DIE LINKE.SDS)

2. Wo der Staat versagt – Hürden in der engagierten Flüchtlingsarbeit

Katharina Mühlbeyer (Baladna e.V. Berlin-Moabit)

Mahsa Ghafari (Flucht nach vorn e.V., SOS Mitmensch e.V. Wien)

Moderation: Jan Korte (MdB)

3. Eine menschenwürdige Unterbringung und Integration für Neuankommende – Probleme und Perspektiven in den Kommunen vor Ort.

Knut Mildner-Spindler (Bezirksstadtrat Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg und Leiter der Abteilung Soziales, Beschäftigung und Bürgerdienste (LINKE))
N.N. (Deutsches Rotes Kreuz)

Moderation: Frank Tempel (MdB)

4. Wie praktisch mit dem EU-Asyl-System (Dublin) umgehen (Aktionen)?

Die internationale Vernetzung von FlüchtlingshelferInnen.

Jan Liebig (Convoy of hope)

Juliane Löffler (Journalistin Der Freitag, bereiste im Sommer 2015 die Balkanroute)

Moderation: Christine Buchholz (MdB)

5. Hilfe für Helfer_innen (Versicherung, Gesundheit, Recht, Sprachen, Austausch) – was es gibt, was fehlt.
N.N. (Initiative „Medizin für Flüchtlinge“)

Mathis Oberhof (Autor des Buches „Refugee welcome“-Geschichte einer gelungenen Integration. So können Sie Flüchtlingen helfen.

Ein Mutmach-Buch.“ (2016), ehemaliger Koordinator des Runden Tisches Willkommen, Wandlitz.)

Moderation: Corinna Genschel, Kontaktstelle soziale Bewegungen der Linksfraktion im Bundestag

Barcamp

18:00: Abschlussstatement

Katja Kipping (MdB)

18.30: Get together

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Aus der Stadtratssitzung vom 28. Oktober 2015

Die wichtigste Entscheidung des Stadtrates war die Wahl einer/eines neuen Beigeordnete/n für Bildung und Soziales.

Katharina Brederlow, derzeitige Leiterin des Fachbereiches Bildung der Stadt Halle, schaffte es im 2. Wahlgang, die meisten Stimmen auf sich zu vereinen. Ab 1. Januar 2016 wird sie die Amtsgeschäfte des noch derzeitigen Beigeordneten Herrn Kogge übernehmen.

Interessant war bereits die Bürgerfragestunde.

Ein großes Problem wurde thematisiert: An der Hutten-Grundschule und auch der Francke-Grundschule gibt es keine Schulsozialarbeit mehr. Die entsprechenden Anträge der Schulen wurden durch das Land abgelehnt. In der Bedarfsplanung für den Kinder- und Jugendbereich (Vorlage im letzten Stadtrat) wurden bereits Bedarfe formuliert. Dazu gehörten u. a. auch die 5 Sozialarbeiterstellen. Der Oberbürgermeister hatte inzwischen Widerspruch gegen die Bedarfsplanung eingelegt. Wie nun weiter? Der OB lenkte ein und sprach davon, für einen Teil der notwendigen SozialarbeiterInnen an Schulen eine Finanzierungsmöglichkeit zu suchen. Derzeit wird ja in den Fachausschüssen der Haushaltsplan für 2016 diskutiert und wir werden, das ist uns wichtig, eine Lösung finden, um diese Stellen zu finanzieren!

Zurück zur Stadtratssitzung.

Im Bericht des Oberbürgermeisters informierte er über den aktuellen der Aufnahmen von Flüchtlingen in der der Stadt Halle (Saale). Er berichtete, dass derzeit im ehemaligen Maritim-Hotel 18 Personen der Bundeswehr vor Ort sind, um die Arbeit dort unterstützen. Derzeit (Stand 28.10.2015) leben 639 Flüchtlinge im ehemaligen Hotel. Für den Monat November werden für die Stadt Halle 690 Flüchtlinge erwartet. Um dem weiteren Bedarf an Flüchtlingen gerecht zu werden, wird die Stadt Halle (Saale) noch zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte ausschreiben. Zur zentralen Aufnahmestelle des ehemaligen Maritim-Hotels werden noch das ehemalige Sportinternat und die ehemalige Jugendherberge durch das Land Sachsen-Anhalt angemietet.

Der OB ging in seinem Bericht auch auf die Klage der HAVAG gegen die Entscheidung zum Abriss des Künstlerhauses 188 ein. Der OB empfiehlt, dass die HAVAG nicht weiter klagen soll.

Er informierte auch darüber, dass die Stadt Halle (Saale) großes Interesse am Ankauf der Scheibe A in Halle-Neustadt hätte, wenn diese bei der Zwangsversteigerung angeboten wird. Auch die Scheibe E soll verkauft werden und die Stadt zeige Interesse. Im „Star-Park“ – so der OB – gehe es auch voran. Das Unternehmen „Ebay Enterprises“ und der Logistiker Hellmann haben neue Jobs geschaffen.

Nach dem Bericht des OB erfolgte die Wahl zur neuen Beigeordneten. Vor der Wahl, das sei an dieser Stelle noch berichtet, unterbrach der OB die öffentliche Sitzung für eine nicht öffentliche Erklärung. Inhalt war, dass er die Gründe erklärte, warum er Thomas Godenrath – einer der Kandidaten für den Beigeordnetenposten – nicht als geeignet sehe.

Ohne Diskussionen wurden eine Reihe von Vorlagen verabschiedet. Dazu gehörten die Änderung der Stellplatzsatzung, der Bebauungsplan für den Sportpark Karlsruher Allee, Aufwendungen für außerplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt, die Änderung des Flächennutzungsplanes zur Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße u. a. m.

Nun endlich, nach gefühlten 100 Anträgen und mehreren Sitzungen, wurde auch eine neue Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse verabschiedet.

Der durchaus umstrittene Antrag der CDU-Fraktion zur Ankündigung von mobilen Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet wurde in den Ordnungsausschuss verwiesen. Bodo Meerheim griff die Idee von Thomas Schied (Mitglied unserer Fraktion und ehemaliges Mitglied der Partei DIE PARTEI) auf, auch Fahrscheinkontrollen in den Straßenbahnen anzukündigen als eine „erzieherische Maßnahme“.

Der Oberbürgermeister verwies den Antrag der bildungspolitischen Sprecher aller Fraktionen zu Verbesserung des Schulgebäudes und Schulgeländes der Grundschule Heide-Nord in den Bildungsausschuss. Es gibt erhebliche Mängel am Schulgebäude und in ihrem Antrag beschrieben die Stadträte auch Alternativen zur Verschönerung desselben.

Hendrik Lange fragte im Stadtrat nach, ob der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag unterschrieben wurde durch die Stadt Halle. Der Oberbürgermeister bejahte. Damit werden jetzt auch die Busfahrer der Subunternehmen der HAVAG tariflich ent-

lohnt. Manuela Plath informierte über zu kleine Arbeitsräume der SozialarbeiterInnen, die in der Flüchtlingsunterkunft in der Trakehner Straße arbeiten. Die Stadtverwaltung hat zugesagt, mit dem Betreiber zu reden, um bessere Bedingungen zu schaffen. Ute Haupt, Stadträtin

Vortrag mit Diskussion
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-
Anhalte.V.

17.11.2015 Beginn 18:00 Uhr

**Der „arabische Frühling“ und die
Flüchtlinge.
Gibt es einen Zusammenhang?**

Mit dem „arabischen Frühling“ verbanden sich große Hoffnungen. Schaut man heute auf die Folgen, so war er nach dem Irak-Krieg Vorwand, möglichst alle weltlichen Regime im Nahen Osten zu stürzen: Gaddafi wurde bekämpft und ermordet, Libyen liegt im Chaos. Jemen versinkt gerade im Chaos. In Ägypten haben es die Militärs geschafft, den säkularen Staat zu retten, aber um den Preis, dass das diktatorische Regime jetzt schärfer ist, als das, das vor vier Jahren gestürzt wurde. Der Krieg in Syrien setzt sich fort. Millionen Menschen fliehen, nun auch nach Europa. Gibt es einen Ausweg? Wie könnte er aussehen?

Mit Dr. Ehrhard Crome (RLS Berlin)

**Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6,
06122 Halle**

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt
KONTAKT
RLS REGIONALBÜRO Halle
Leitergasse 4, 06108 Halle
TEL: 0345-2025594
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-
Anhalte.V.

28.01.2016 Beginn 18:00 Uhr

**Deutschland auf dem Weg zum politischen
Riesen?**

Deutschland – ökonomisch ein Riese, aber politisch ein Zwerg? Dieser Satz gilt offenbar nicht mehr. Aber welche Rolle spielt Deutschland? Sind die Zeiten des „Juniorpartners der USA“ vorbei? Trifft der Satz des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Volker Kauder zu: „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen“? Leben wir also in einem „deutschen Europa“, geführt von einem „europäischen Deutschland“? Ist es die „Macht in der Mitte“ und ist „Deutschland wieder Großmacht“? Ist Angela Merkel gar die „mächtigste Frau der Welt“? Betreibt Deutschland eine imperiale Außenpolitik und spielt es jetzt in der Liga der „Global Player“? Welche Rolle spielt dabei die Migrations- und Asylpolitik? Kein Zweifel: eine gründliche Diskussion dieser Fragen ist überfällig. Auf der Veranstaltung werden unterschiedliche Positionen vorgestellt und die damit verbundenen Interessen skizziert. Und es wird eine einfache Methode vorgestellt, wie man sich in der neuen wilden Welt der Machtpolitik zurechtfinden kann.

**Mit Prof. Dr. Rainer Rilling (Soziologe,
RLS Berlin)**

**Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6,
06122 Halle**

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt
KONTAKT
RLS REGIONALBÜRO Halle
Leitergasse 4, 06108 Halle
TEL: 0345-2025594
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
DIELINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
05.11.2015
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 03.12.2015

Verankern in Halle

Vor 8 Jahren und 5 Monaten, im Juni 2007, gründete sich aus der PDS Halle und Mitgliedern der WASG der Stadtverband DIE LINKE Halle. Seitdem haben wir zahlreiche Herausforderungen der Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik in Halle bewältigt. Zu nennen ist die Kampagne für den Mindestlohn, die Beteiligung an den Protesten gegen die Sparpolitik der Landesregierung, das Engagement im Bündnis für Zivilcourage – Halle gegen Rechts“ oder die Kampagne „Das muss drin sein“.

Unsere Partei war viele Jahre geprägt von den Mitgliedern, die aus ihren DDR-Erfahrungen heraus, aus der Geschichte des real-existierenden Sozialismus, ihre Schlussfolgerungen gezogen haben und sich für einen demokratischen Sozialismus im Hier, Jetzt und Heute engagieren. Trotzdem war unsere Partei gealtert, wir wurden weniger Mitglieder, unser Altersdurchschnitt stieg 2009 auf über 65 Jahre. Die Aufgabe, die vor uns stand und steht, heißt, die Idee des demokratischen Sozialismus, unseren Anspruch auf eine menschlichere und friedlichere Politik in die nächste Generation zu tragen.

Warum schreibe ich das? Nun, am 30. Juni 2007 wurde ich zum Vorsitzenden des Stadtverbandes gewählt und drei Mal wiedergewählt. Unsere Satzung empfiehlt, dieses Amt nicht länger als 8 Jahre auszuüben, eine sinnvolle Empfehlung, verlangt es doch von jedem Amtsinhaber an die Zeit zu denken, wo er nicht mehr Vorsitzender ist. Dieser Artikel soll kein Nachruf sein, sondern ein Ausblick auf unseren Stadtparteitag am 12. Dezember 2015. Das Amt des Stadtvorsitzenden ist kein Amt, das man alleine ausübt, es bedarf dazu immer der Unterstützung des ganzen Stadtverbandes vor allem aber derer, die an meiner Seite Mitglieder des Stadtvorstandes waren. Diese Unterstützung hatte ich, dafür meinen herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Und es ist uns einig gelungen, in der letzten Stadtvorstandssitzung konnten wir feststellen, dass die Mitgliederzahl im vergangenen Jahr stabil geblieben ist und das Durchschnittsalter nun wieder bei 63 Jahren liegt. Wir haben in den letzten 8 Jahren die Arbeit des Jugend- und Studierendenverbandes unterstützt, nicht mit Forderungen oder „gut gemeinten Ratschlägen“, sondern indem wir Räume eröffnet haben für politisches Engagement junger Menschen. Begleiten statt

bevormunden war die Devise und genau darin lag der Erfolg. Die Bildung der Ortsverbände war die Antwort auf die Frage, wie wir, in Anbetracht kleiner werdender Basisorganisationen, uns in Zukunft organisieren. Die Arbeit der Ortsverbände weiter zu begleiten, sie zu stärken und sie in ihrem Stadtgebiet nach außen noch wirksamer werden zu lassen, bleibt Daueraufgabe des Stadtvorstandes. Unsere Stadtratsfraktion ist bei der Kommunalwahl 2014 der Generationswechsel gelungen, junge und erfahrene Genossinnen und Genossen leisten seit einem Jahr Hervorragendes und knüpfen an die kommunalpolitische Kompetenz vergangener Stadtratsfraktionen an.

Es ist uns gelungen, DIE LINKE in Halle zu veran-

**Senioren-Cafe' am 25. November,
14:30 Uhr, im Lila:
Vorweihnachtlicher
Jahresabschluss mit
Ausblick auf 2016**

kern, der Linke Laden ist heute Anlauf- und Treffpunkt für Basisgruppen und viele Organisationen und Initiativen, weit über unsere Partei hinaus. Diesen Weg gilt es weiterzugehen. DIE LINKE muss fester Bestandteil der politischen Landschaft in Halle bleiben und attraktiv sein für Menschen jeden Alters, die sich engagieren wollen. Die PDS formulierte das mal als strategisches Dreieck, zwischen Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen Verhältnisse hinausweisenden demokratisch-sozialistischen Alternativen, dem wir genügen müssen.

Diese drei Dinge zusammenzudenken muss unsere Stärke bleiben.

Ich möchte den Vorsitz nicht abgeben, ohne einen Vorschlag über meine Nachfolge zu unterbreiten. Genossin Marianne Böttcher ist mein Vorschlag.

Sie war sechs Jahre meine Stellvertreterin, sie hat einen großen Anteil an unserer erfolgreichen Arbeit. Ich bitte Euch, meinen Vorschlag zu unterstützen.

Ich selbst möchte mich auch in Zukunft in die Arbeit meines Stadtverbandes einbringen und den Stadtvorstand bei seiner künftigen Arbeit tatkräftig unterstützen, an welcher Stelle auch immer.

Swen Knöchel

Petra Sitte zu Besuch in der BO Landsberg

Am 7. Oktober begrüßte die BO Landsberg Petra Sitte zu einem gemeinsamen Austausch über Politik auf Bundes- und auf Kommunalebene. Neugierig lauschten die zahlreich erschienen Mitglieder der BO Landsberg den Ausführungen von Petra. Diese hatte ihren Vortrag in Teile untergliedert. Zum einen über Themen, die seit über zwei Jahren immer wieder aktuelle Themen sind, z.B. die Untersuchungsausschüsse Edathy und NSA, die Ukraine-Krise im Zusammenhang mit Russland, TTIP und CETA, ISIS/PKK und die Türkei, der Einsatz deutscher Truppen in Afghanistan, prekäre Arbeit und der Mindestlohn, die Kluft zwischen Ost und West und Pegida und deren Zusammenhang mit der AfD, den Rechten und anderen rechtsnahen Gruppen. Zum anderen auch Themen, bei denen die Bundes-LINKE herbe Niederlagen einstecken muss, wie bei der PKW-Maut, dem Betreuungsgeld und der Energiewende.

Positiv hob Petra hervor, dass in den vergangenen Jahren immer wieder gemeinsame Klagen mit den Grünen durchgeführt worden sind. Die gemeinsamen Interessen bestärken, in Zukunft eine gemeinsame Koalition auf Länderebene anzustreben.

Auch berichtet Petra über zusätzliche Steuereinnahmen von 10,5 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2015, die Herr Schäuble aus der Griechenlandkrise gewonnen hat. Ursprünglich war dieses Geld nicht vorgesehen, ausgegeben zu werden; weder für Arbeitslose, sozial schwächer gestellte oder Flüchtlinge. Nur durch die Offenlegung durch ein Hallesches Institut wird dieses Geld nun für die einreisenden Flüchtlinge verwendet.

Im Gegenzug berichtete die BO Landsberg über kommunalpolitische Belange der letzten Monate.

Ein spannendes Thema darunter war das Dienstenthebungsverfahren des aktuellen Bürgermeisters Olaf Heinrich. Aber auch die Arbeit im Stadtrat wurde besprochen und wie schwierig es ist, Entscheidungen zu fällen. Konflikte mit der CDU sind dort an der Tagesordnung und behindern das politische Geschehen zum Wohlergehen der Bürger.

Den Abschluss der gemütlichen Runde machte eine Fragestunde. Natürlich wurde Petra gefragt, wie realistisch sie die Chance einschätzt, die Landtagswahlen 2016 zu gewinnen. Ehrlich äußerte sie, dass sie Situa-

tion derzeit „blöde“ aussieht. Petra erläuterte aber auch sogleich weshalb. „Das liegt nicht an uns und an den Grünen. Die Neugier auf links ist groß. Nur schwächelt die SPD. Unverständlich bleibt für uns, weshalb Frau Budde nicht aus den vergangenen Jahren lernt und weiterhin darauf beharrt, den Ministerpräsidenten stellen zu wollen. Ihr rennen die Wähler weg.“ Und das ist eine schwierige Situation auch für uns, denn die Wahlbeteiligung geht im Allgemeinen zurück. Dass ein Regierungswechsel von den Bürgern Sachsen-Anhalts gewünscht wird, begrüßt Petra Sitte sehr: „Wir brauchen eine neue Regierung. Wir versteuern hier mit dem Haselhoff, wir verblöden mit dem.“

Daniela Müller

stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE. Saalekreis
DIE LINKE. Landsberg

Erstes Buntes Frühstück in der Regionalgeschäftsstelle Saalekreis in Merseburg

Am 27.10.2015 lud Kerstin Eisenreich im Rahmen ihrer Wahlkampfkampagne für die Landtagswahlen 2016 zu einem Bunten Frühstück. Willkommen waren alle MitbürgerInnen, die sich zu aktuellen Themen informieren oder austauschen wollten. Kerstin Eisenreich stand jedem Bürger Rede und Antwort und nahm sich ausreichend Zeit. In gemütlicher Runde bei Kaffee, Brötchen und allerhand Leckereien wurden so Angelegenheiten besprochen, die dem einen oder anderen Bürger auf der Seele brennen.

So informierte sich der Bürger Herr Todt zum Beispiel über die Zusatzbeiträge bezüglich des Abwassers. Er berichtete, dass am vorangegangenen Mittwoch im Abwasserzweckverband eine Sprechstunde stattfand. Leider nahmen nur fünf Bürger den Termin wahr und der Bürgermeister wollte auf Grund der geringen Nachfrage die Bürgerfragestunde gar nicht erst stattfinden lassen. Tenor der Diskussion sind die erst kürzlich zum Teil enorm erhöhten Gebühren für das Abwasser. In der Vergangenheit wurden von den Verbänden nicht ausreichend Rücklagen gebildet, um das marode Netz zu sanieren. Mit den neuen Beiträ-

gen wollen die Verbände nun die Investitionssumme für den Umbau der Netze sichern. Kerstin Eisenreich erklärt, dass das kein regionales Problem ist, sondern ganz Deutschland betrifft. Die Problematik reicht bis in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. In Merseburg z.B. hat der Stadtrat gegen eine Erhöhung der Gebühren gestimmt. Die Kommunalaufsicht jedoch hat sich über den Beschluss hinweggesetzt und die Erhöhung der Beiträge akzeptiert, weshalb die BürgerInnen nun höhere Beiträge entrichten müssen. Herr Todt berichtete von seinem persönlichen Fall, in welchem seiner Frau und seiner Tochter ein Haus in Merseburg gehören. Das Haus wird derzeit von seiner chronisch kranken Tochter bewohnt. Vor einiger Zeit flog ihr ein Bescheid mit einer Zahlungsfrist von vier Wochen ins Haus. „Dieser Brief kam aus heiterem Himmel. Wir hatten keine Vorinformation und mussten uns erst einmal darum kümmern, was das bedeutet“, so Todt. Seine Tochter müsse laut Bescheid 50 Euro/m³ entrichten. Insgesamt kämen auf die junge Frau 2.600 Euro zu. Da liegt der Verdacht nah, dass die Verbände die Bürger in übertriebenem Maße schröpfen wollen.

Weil das Thema so viele Diskussionen schürt, hat sich ein Netzwerk gebildet, das den Bürgern zur Seite steht und versucht zu retten, was zu retten ist. Am 27.10. fand zudem am Abend eine Podiumsdiskussion statt, organisiert vom Netzwerk, bei der Landtagsabgeordnete geladen waren und den Bürgern mehr Informationen liefern konnten. Informationen und Termine zum Thema können in der Regionalgeschäftsstelle in Merseburg erfragt werden.

Ein weiterer Bürger, Herr Noethe, brachte das Thema Innenstadt Merseburg auf den Tisch. Als Bürger der Stadt stört ihn der Lärm an der Domstraße, wo er

wohnt. Ob es keine Alternative für den Verkehr in der Innenstadt gibt? Im Weiteren wurde auch über die Attraktivität der Innenstadt gesprochen und dass viel zu wenig Cafés oder Restaurants zum Verweilen einladen. Ich erinnerte an das alte Konzept, welches die Hochschule Merseburg damals in meinem Abschlussjahrgang im Auftrag der Stadt gefertigt hatte. Uns Studenten wurde damals mitgeteilt, dass die Stadt dem Konzept nicht weiter nachgeht. Dabei haben wir Studenten umfangreiche Stadtbegehungen gemacht und uns die Läden angeschaut sowie Vorschläge für die Gestaltung von Merseburg gemacht. Die Innenstadt sollte zudem verkehrsfrei gehalten werden und die Bürger zum Bummeln animieren. Kerstin Eisenreich fasste dieses Thema sofort auf, um im Stadtrat den Vorschlag zu bringen, dieses Konzept aus der Versenkung zu holen. Wir sind gespannt, wie die Entwicklung in dieser Hinsicht sein wird.

Natürlich gab es auch Fragen zu den Flüchtlingen. Kerstin Eisenreich beantwortete es so: „Die Armut in Deutschland ist sehr groß, aber den Unmut jetzt gegen die Flüchtlinge auszuweiten, funktioniert nicht. Sicher waren Hartz IV-Empfänger bislang an der unteren Grenze. Es bringt aber nichts, jetzt weiter nach unten zu treten. Den Bürgern geht es heute nicht anders als vorher und die Gelder wären auch nicht aufgestockt worden.“

Kerstin Eisenreich lädt einmal im Monat zum Bunten Frühstück ein. Ihr ist es wichtig, mit den Bürgern in den Dialog zu treten und die Belange direkt aufzunehmen. Vielen Dank Kerstin für Dein Engagement und die Aufklärung.

Daniela Müller
stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE. Saalekreis
DIE LINKE. Landsberg

Damit Krieg und Leid ein Ende haben

Die BO Landsberg pflanzte am 17. Oktober anlässlich des Tages der Befreiung am 8. Mai einen Rotahorn in Landsberg. Außer den Mitgliedern waren auch Gäste anwesend: Petra Sitte, MdB; Gisela Döring vom Bund der Antifaschisten und der Pfarrer a.D. Hr. Thon.

Der Tag der Befreiung ist in verschiedenen europäischen Ländern ein Gedenktag, an dem der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und damit

dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa gedacht wird.

Vor 70 Jahren, am 8. Mai 1945, endete nicht nur ein fast 6-jähriger Krieg in Europa, der von Deutschland begonnen wurde und Millionen Menschen den Tod kostete. Mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht endete auch das zwölfjährige Terrorregime der Nazis in Deutschland und den besetzten Ländern. In diesen 12 Jahren wurden unzählige Men-



schen aus Gründen ihrer Herkunft, Weltanschauung, R e l i g i o n s - zugehörigkeit, körperlichen Beeinträchtigung oder sexuellen Orientierung verfolgt, verschleppt, ausgebeutet und ermordet. Und warum? Weilsienichtindas Weltbild der Nationalsozialisten

passten.

Wir alle haben schon Gespräche mit Eltern oder Großeltern geführt, die im Krieg groß geworden sind. Meine Erinnerungen sind die von Vertreibung, Verlust der Heimat, Unwillkommen sein im fremden Land, Unsicherheit, aber auch von Armut, Verlust des Mannes, Vaters, Bruders.

Der Krieg verändert Menschen. Egal ob sie aktiv als Soldat daran teilhaben oder passiv als Bürger, der um sein Leben fürchtet. Es sollte daher das gemeinsame Ziel der mächtigen Staaten sein, Kriege zu beenden, oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Krieg bedeutet immer Leid! Und meistens leidet die Bevölkerung am meisten.

Vor ein paar Wochen ist Deutschland um einiges näher an das Geschehen in Ländern wie Syrien oder Afghanistan gerückt worden. Flüchtende Familien machen sich auf eine lange, beschwerliche und gefährliche Reise, um den Traum von Frieden, Sicherheit und Freiheit leben zu dürfen. Sie kommen nach Europa, vermehrt mit dem Ziel Deutschland.

Ich habe sie in Belgrad selber gesehen, zu Tausenden, wie sie hausen im Dreck und Exkrementen. Das einzige was

diese Menschen haben ist Hoffnung, Hoffnung auf ein besseres Leben. Und das glauben sie, bei uns zu finden. Doch sie erfahren auch Hass und Fremdenfeindlichkeit, sogar die Helfer müssen sich schützen und sind Parolen wie „die, die den Flüchtlingen helfen, sollten verbrannt werden“ ausgesetzt.

Die Lehre des 8. Mai 1945 ist, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen darf. Niemand in diesem Land soll von Tod und Leid anderer Menschen profitieren. Deshalb sollten wir als LINKE es uns zur Aufgabe machen, mit bereitwilligen Menschen den Dialog zu suchen und diese aufzuklären. Wir müssen die Unsicherheit in der eigenen Bevölkerung beseitigen und gegen Ideologien wie der Verfremdung Deutschlands hinsichtlich Kultur, Religion und Sprache kämpfen. Unsere Gesellschaftsform bringt es mit sich, wir leben in der Globalisierung und haben offene Grenzen. Seit mehreren Jahren kommen Menschen zu uns ins Land, die hier ihr Leben bestreiten wollen, Seite an Seite mit Deutschen. Geben wir auch unseren zukünftigen neuen Mitbürgern die Chance, sich in Deutschland einzubringen. Und vor allem, lasst uns gemeinsam gegen die Ursachen dieser Flüchtlingsströme kämpfen.

Daniela Müller
stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE. Saalekreis
DIE LINKE. Landsberg



Friedlicher und bunter Protest in Querfurt

Nun auch in Querfurt! Das waren die ersten Gedanken, die sich angesichts der Anmeldung einer Demonstration der Rechten in Querfurt am 25. Oktober aufdrängten. Mit ihren fremdenfeindlichen und menschenverachtenden Hetzparolen sollte wie andernorts Stimmung gegen Flüchtlinge, Asylbewerber und deren Unterstützer gemacht werden. Dabei leben in Querfurt zurzeit gerade einmal etwa 10 bis 20 Flüchtlinge. Gesicht gegen diese rechte Veranstaltung zu zeigen, hatte der Stadtrat in Querfurt bis auf die Fraktion Die Linke nicht für nötig gehalten. Da zog man ein Ignorieren des Problems vor, in dem Glauben, dass es sich dadurch von selbst erledigen würde. Mit einer solchen Einschätzung stehen allerdings die Stadträte in der Bundesrepublik nicht allein da. Und die Folgen sind fast täglich in den Medien zu sehen und zu hören.

Doch diese Haltung wurde von vielen Querfurtern nicht geteilt. Sie haben mit bis zu 150 Teilnehmern Flagge gezeigt. Das war eine großartige Leistung vom Organisationsteam, das vor allem aus jungen Querfurtern bestand und es innerhalb von 2 Tagen geschafft hatte, eine Kundgebung auf die Beine zu stellen und Einwohnerinnen und Einwohner ungeachtet von politischen

und religiösen Unterschieden aus Querfurt und Umgebung, aber auch von außerhalb, zu mobilisieren und sich insbesondere beim Vorbeimarsch



des rechten Demonstrationzugs lautstark mit Musik in Szene zu setzen und die Parolen zu übertönen. Ein großes Kompliment an die Querfurterinnen und Querfurter!

Ein großes Dankeschön an das Organisationsteam, zu dem auch der Stadtrat der Linken Silvan Arndt gehörte, der mit seiner Technik für die Beschallung des Marktes vor dem Rathaus sorgte sowie an das Regionale Beratungsteam der Freiwilligenagentur für die tolle Unterstützung. Ein Dank geht auch an alle, die mit heißem Kaffee und Tee die herbstliche Kühle vertrieben. Jetzt geht es darum, dieses Engagement dauerhaft in der Stadt zu etablieren, damit Querfurt weiter sein weltoffenes, demokratisches und buntes Gesicht zeigt.

DIE LINKE. Ortsverband Halle-Nord

lädt seine Mitglieder und SympathisantInnen zur nächsten Zusammenkunft bei Kaffee und Weihnachtsgebäck ein für **Mittwoch, 2. Dezember 2015, 16 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4.**

Themen:

- Wahlprogramm und KandidatInnen für die Landtagswahlen am 13.03.2016
- Wahlkampf vorbereitung in Halle-Nord (gemeinsam mit dem Wahlbüro)
- Neuwahl des SprecherInnenrates des Ortsverbandes und weitere Aktivitäten 2016

Einladung zum Basistreffen der BO Riebeckplatz/Hofjäger

am 18. Nov. ab 16 Uhr im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44:

Über Wahlprogramm und Strategie zur Landtagswahl 2016 informiert Dr. A. Bittrich, Landesschatzmeister
DIE LINKE Sachsen-Anhalt
Gäste sind herzlich willkommen!

Einladung Ortsverband DIE LINKE Halle Mitte

Liebe Genoss*innen,
der Sprecher*innenrat des Ortsverbandes Mitte lädt recht herzlich zum nächsten Treffen am **17. November 18 Uhr im Linken Laden (Leitergasse 4) ein.**

Anlässlich der Novemberpogrome vom 9.11.1938 wollen wir diese Sitzung dem Thema „rechtsradikale und faschistische Attentate von der NS-Zeit bis heute“ widmen. Dazu wollen wir zunächst eine Chronik von rechten Anschlägen in Deutschland von damals bis heute zeichnen und Raum für Diskussion geben.

Die Sitzung soll außerdem einen gemütlichen Ausklang des Jahres darstellen, da wir uns vor Neujahr nicht noch einmal sehen. Wir sorgen für Knabberereien, Glühwein und alkoholfreien Punsch. Wir freuen uns auch über ein kleines Feedback zu unserer bisherigen Arbeit sowie über Ideen und Vorschläge für die weiteren Sitzungen.

Zeitlich wird der Abend etwa wie folgt ablaufen:

18:00 bis 18:15 Begrüßung

18:15 bis 18:30 Input über rechte und faschistische Attentate von der NS-Zeit bis heute (von Anne

Geschonneck)

18:30 bis 18:50 Raum für Fragen und Diskussion

Um wegen der Versorgung gut planen zu können, würden wir uns sehr über Rückmeldungen freuen. Schreibt uns dazu bitte eine E-Mail an OV.Mitte@dielinke-halle.de oder sagt im LiLa Bescheid. Solltet ihr eine Kinderbetreuung benötigen,

wendet euch bitte ebenfalls an uns.

Zu erreichen ist der Linke Laden wie gewohnt mit den Straßenbahnlinien 1, 3, 7, und 8, Haltestelle Moritzburggring oder Hermannstraße.

Euer Sprecher*innenrat

(Sarah, Anne, Vincent, Dirk, Bartlomiej und Anika)

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

01.12.2015 Beginn 18.00 Uhr

Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, 06122 Halle

25 Jahre RLS – 25 Jahre Aufklärung, Dialog und „linke Denkfabrik“

Ein Vierteljahrhundert schon widmet sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Untersuchung sozialer Bewegungen und der Frage, wie Gesellschaft sich verändert und veränderbar ist. Inzwischen ist die Stiftung in allen Bundesländern und in vielen Ländern der Erde präsent und hat sich ein unverwechselbares Profil als linke ‚Denkfabrik‘ geschaffen. Zugleich muss sich die Stiftung immer wieder neuen Herausforderungen stellen: Welche Zukunft hat die Demokratie im digitalen Zeitalter? Wie sieht globale Gerechtigkeit in Zeiten der Flüchtlingskrise und des Klimawandels aus? Wie können wir in einer Welt voller militärischer Konflikte Frieden und Stabilität schaffen? Kritisch und selbstkritisch gilt es zu reflektieren, ob die linke Bewegung hier auf der Höhe der Zeit ist.

Mit Dagmar Enkelmann (MdB, Vorsitzende RLS)

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT: RLS REGIONALBÜRO Halle, Leitergasse 4, 06108 Halle,

TEL: 0345-2025594, email: gs-halle@rosaluxsa.de

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit dem rentenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion **DIE LINKE** und **Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales** des Deutschen Bundestages, **Matthias W. Birkwald MdB.**

Matthias W. Birkwald
- Kurzbiografie:
1961 in Münster/Westfalen geboren
wohnhaft in Köln seit 1981
1981 Abitur und anschließend Studium der Politologie, Soziologie, Philosophie und politischer Ökonomie in Köln, Bonn und Bremen
1990 Abschluss als Diplom-Sozialwissenschaftler
seit 2009 rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion

Zehn Jahre Hartz IV
„Rechtsvereinfachung“
und Zwangsverrentung.

Matthias W. Birkwald
Mitglied des Bundestages

Petra Sitte
Mitglied des Bundestages

Diskurs
Aktuelle Probleme,
politische Initiativen
und LINKE Alternativen

Franckesche Stiftungen
Amerika-Zimmer

19. November
Beginn: 19 Uhr

Vom Sozialstaat zum Suppenküchen-Staat

DIE LINKE.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
November Geburtstag haben.



BBZ „lebensart“ e.V. informiert:
Fachkonferenz „Vielfalt leben! Aktiv gegen Homo-, Trans*- und Inter*phobie - Wir bringen Wissenschaft und Praxis an einen Tisch“
Sonnabend, 28. November 2015, 11 bis 16 Uhr,
Stadthaus Halle (Saale), Marktplatz 2, 06108 Halle

Die Fachkonferenz des Fachzentrums für geschlechtlich-sexuelle Identität des BBZ „lebensart“ e. V. richtet sich an Fachkräfte und Lernende/Studierende aus den Bereichen Pädagogik, Lehre und Gesundheitswesen und soll den Teilnehmer*innen die Möglichkeit verschaffen, sich praxisnah einem immer wichtiger werdenden Thema in Schule und Gesundheitsförderung zu nähern.

Wir möchten allen Interessierten die Gelegenheit bieten, sich im Rahmen unserer Fachkonferenz ein grundständiges Wissen und Verständnis für den „Umgang“ mit Fragen zu geschlechtlich-sexuellen Identitäten für ihr hiesiges oder zukünftiges Berufsleben anzueignen. Renommierete Expert*innen aus Medizin und Pädagogik (unter anderen Prof. Dr. Jutta Hartmann, Prof. Dr. Rüdiger Lautmann, Dr. Ulrich Klocke, Dr. Kurt Seikowski) werden gemeinsam mit homo- und bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen in einzelnen Zielgruppen-Workshops eine Brücke zwischen Theorie und Praxis schlagen.

Anmeldungen können unter Angabe des beruflichen Bereiches (Gesundheit oder Pädagogik) an marlen.weller-menzel@bbz-lebensart.de erfolgen. Der Teilnahmebeitrag in Höhe von 10 Euro kann im Voraus auf das Vereinskonto oder am Konferenztag in bar bezahlt werden. Anmeldeschluss ist der 16.11.2015.

Vortrag mit Pfarrerin Dorothea Zwölfer: Transsexualität/Transidentität - Wissenschaftliche und biografische Ansätze

Donnerstag, 10. Dezember 2015, 19.30 Uhr,
Evangelisch-methodistische Kirche Halle,
Schulstraße 9a, 06108 Halle

Das BBZ „lebensart“ und seine Gruppe Queer+Glauben laden zu einem spannenden Themenabend ein: Was ist unter dem Begriff „Transsexualität“ bzw. „Transidentität“ zu verstehen? Welche aktuellen

Luxemburg-Liebknecht-Ehrung

Am 10.01.2016 wird in Berlin-Friedrichsfelde die traditionelle Ehrung anlässlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht stattfinden. Genossinnen und Genossen, die Interesse haben, mit einem Bus nach Berlin zu fahren, bitten wir, sich in der **Geschäftsstelle Halle Tel.: 0345 2025590 oder in der Geschäftsstelle Merseburg Tel.: 03461 213180 bis zum 15. November 2015 zu melden.**

Forschungsergebnisse gibt es aus der Biologie zur Thematik? Wie ergeht es Menschen, die sowohl transsexuell sind als auch einen christlichen Glauben haben? Und was hat dies alles mit einer Fachkonferenz der Goethe-Universität in Frankfurt a.M. vom 4. bis 6. Februar 2016 zu tun? Dorothea Zwölfer, eine transsexuelle, seit 29 Jahren verheiratete evangelische Pfarrerin aus Bayern wird versuchen, diese Fragen zu beantworten. Sie wird die Thematik Transsexualität aus wissenschaftlicher, persönlicher und theologischer Perspektive beleuchten. Nähere Informationen zu Dorothea Zwölfer unter: http://www.sueddeutsche.de/thema/Dorothea_Zwoelfer

Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Musikvideo: Will Young macht Transmann Mut

Der britische Singer-Songwriter Will Young hat kürzlich das Video zu seiner neuesten Single „Brave Man“ veröffentlicht. Er hoffe, dass das Video als ehrlich gemeint verstanden werde, als nicht zum Aufsehen erregend gedacht, so Young. Es zeigt neben Anfeindungen auch, wie sich Menschen der puren Sensation wegen auf den Hauptdarsteller stürzen. „Das Video zeigt einen Teil der Gesellschaft, der für sich selbst kämpft“, so Will Young. „Es erzählt eine Geschichte und eröffnet durch Musik einen Blick auf das Leben einer Person.“

Wir geben euch/Ihnen dieses Musikvideo auch als Empfehlung, weil transgeschlechtliche Menschen häufig zu uns in die Beratung kommen, auch sonst im BBZ „lebensart“ e. V. mittendrin sind und wir uns für ihr Recht auf Selbstbestimmung und gegen Diskriminierung einsetzen.

http://www.queer.de/detail.php?article_id=24858